



17. Juni 2026

Interpellation

von Jane Bailey (SVP),
Johann Widmer (SVP),
und Stephan Iten (SVP)

Das *sogar theater* im Zürcher Kreis 5 wird seit Jahren grosszügig mit öffentlichen Geldern alimentiert. Allein für die aktuellen Beitragsperioden erhält das Haus feste jährliche Subventionen in der Höhe von insgesamt CHF 456'700 – aufgeteilt in CHF 356'700 aus der städtischen Konzeptförderung und CHF 100'000 vom Kanton Zürich. Staatliche Kulturförderung ist an den gesetzlichen Auftrag gebunden, das freie Kunst- und Literaturschaffen zu ermöglichen und zu bereichern. Sie darf jedoch kein Freipass dafür sein, dass ein privat geführtes Kleintheater mit Steuergeldern einseitige, ideologisch gefärbte Politpropaganda betreibt und den Kulturbetrieb als parteipolitisches Podium missbraucht. Wenn die Grenzen zwischen Kunstfreiheit und politischer Agitation verschwimmen, steht die Rechtfertigung einer solch massiven öffentlichen Finanzierung fundamental infrage.

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie grenzt der Stadtrat künstlerische Freiheit von indirekter politischer Einflussnahme beziehungsweise verdecktem Abstimmungskampf ab, wenn ein erheblich öffentlich subventioniertes Theater kurz vor den Wohnabstimmungen vom 14. Juni 2026 ein klar wohnpolitisch aufgeladenes und politisch tendenziöses Stück aufführt?
2. Hält der Stadtrat es für angemessen, dass jährlich nahezu CHF 457'000 an öffentlichen Geldern an ein Theater fliessen, dessen Produktionen inhaltlich weitgehend mit den Narrativen linker Wohninitiativen, wohnpolitischer Kampagnen und Umverteilungsforderungen übereinstimmen?
3. Wie hoch waren die gesamten direkten und indirekten öffentlichen Beiträge für die Produktion «Suchst Du noch oder wohnst du schon?», insbesondere:
 - Betriebssubventionen
 - Projektförderungen
 - Infrastrukturleistungen
 - vergünstigte Raumnutzung
 - Kommunikationsleistungen
 - personelle Unterstützung
 - sonstige finanzielle oder sachliche Leistungen von Stadt oder Kanton?
4. Wurde im Rahmen der Förderentscheide geprüft, ob diese Produktion den Eindruck eines indirekten oder verdeckten Abstimmungskampfes erwecken könnte?

5. Hat der Stadtrat Kenntnis darüber, ob bei der Entwicklung, Bewerbung oder Durchführung des Stücks Vertreter politischer Parteien, wohnpolitischer Aktivisten, Verbände oder NGOs direkt oder indirekt beteiligt waren? Falls ja, welche?
6. Teilt der Stadtrat die Auffassung, dass die zeitliche Nähe der Produktion zu den Wohnabstimmungen vom 14. Juni 2026 zumindest den Anschein einer politischen Kampagne beziehungsweise einer ideologischen Mobilisierung erzeugen kann?
7. Wäre nach Einschätzung des Stadtrats auch ein gleichermassen scharf bürgerlich-liberal, eigentumspolitisch oder migrationskritisch positioniertes Stück mit vergleichbarer politischer Zuspitzung im selben Umfang förderwürdig?
8. Wie erklärt sich der Stadtrat den Umstand, dass öffentlich finanzierte Kulturinstitutionen gesellschaftspolitisch fast ausschliesslich Positionen vertreten, die dem links-grünen politischen Spektrum nahestehen?
9. Welche konkreten Mechanismen bestehen heute, um sicherzustellen, dass Kulturfördergelder nicht faktisch zur einseitigen ideologischen Meinungsbildung oder politischen Mobilisierung eingesetzt werden?
10. Hält der Stadtrat Aussagen wie:
„Warum haben Sie denn nichts gekauft? Warum haben Sie denn nichts gespart? Warum haben Sie denn nichts geerbt?“ für politisch neutrale Kulturarbeit oder für bewusst emotionalisierende Klassenkampf-Rhetorik?
11. Wie hoch war die durchschnittliche Auslastung vergleichbarer Produktionen des «sogar» Theaters in den vergangenen Jahren?
12. Wie rechtfertigt der Stadtrat die Höhe der öffentlichen Beiträge an das «sogar» Theater im Verhältnis zur tatsächlichen Publikumsreichweite und Eigenfinanzierung?
13. Ist dem Stadtrat bewusst, dass bei grossen Teilen der Bevölkerung zunehmend der Eindruck entsteht, staatlich finanzierte Kulturinstitutionen würden sich zu ideologischen Vorfeldorganisationen linker Politik entwickeln?
14. Teilt der Stadtrat die Auffassung, dass öffentlich finanzierte Kulturinstitutionen insbesondere im Vorfeld laufender Volksabstimmungen besondere politische Zurückhaltung wahren sollten, um das Vertrauen der Bevölkerung in die politische Neutralität staatlich unterstützter Institutionen nicht zu gefährden?

J. Baier

H. U. U. U.

S. H.